

Bebauungsplan 19-02 gem. §13b BauGB
„Küsterweg Ost“ OT Sperenberg
Gemeinde Am Mellensee

Begründung gem. §9 (8) BauGB
Stand: 12.05.2022

Stadtplanung:

C. Bley, Architektin für Stadtplanung
Bahnhofstraße 21, 15711 Königs Wusterhausen
Tel. 03375 / 201717, c.bley@t-online.de

Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag:

T. Briesenick, B. Sc. für Landschaftsplanung
Gräbendorfer Straße 13, 15754 Heidesee
Tel. 0171 7216604, t.briesenick@gmx.de

Inhaltsverzeichnis

Teil 1: Ziele, Zwecke, Inhalte und wesentliche Auswirkungen des Bebauungsplanes

1. Einführung	3
1.1. Lage des Plangebietes	3
1.2. Räumlicher Geltungsbereich	4
1.3. Planungsanlass- und Erforderlichkeit der Planaufstellung	4
2. Ausgangssituation	4
3. Planungsbindungen	5
3.1. Planungsrechtliche Ausgangssituation	5
3.2. Landes- und regionalplanerische Voraussetzungen	5
3.3. Kommunale vorbereitende Bauleitplanung und informelle Begleitplanungen	6
4. Planungskonzept	7
4.1. Planungsziel- und -zweck	7
5. Planinhalt (Abwägung und Begründung)	7
5.1. Konzept	7
5.2. Festsetzungen des B-Plans	8
5.3. Flächenbilanz	11
6. Auswirkungen der Planung	11
6.1. Wohnbedürfnisse der Bevölkerung	11
6.2. Verkehr	11
6.3. Gemeinbedarfseinrichtungen	12
6.4. Natur, Landschaft, Umwelt	12
6.4.1. Plangebietsbezogene Ziele des Umweltschutzes	12
6.4.2. Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen auf die Umwelt	12
6.5. Maßnahmen zur Verwirklichung / Bodenordnende Maßnahmen	15
6.6. Kosten	16
6.7. Zusammenfassende Bewertung	16
7. Verfahren	16
8. Rechtsgrundlagen	17

Teil 2: Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag - Prüfung des gesetzlichen Artenschutzes gemäß § 44 BNatSchG

1. Einleitung	19
2. Beschreibung der wesentlichen Wirkungen durch das Vorhaben	19
3. Bestandsdarstellung	19
3.1. Beschreibung der Lebensräume	19
3.2. Fauna	21
4. Ergebnisse der Untersuchung	25
5. Maßnahmen zur Vermeidung und Minderung von Beeinträchtigungen	27
6. Zusammenfassung	27
Literaturverzeichnis	29

Teil 1: Ziele, Zwecke, Inhalte und wesentliche Auswirkungen des Bebauungsplanes

1. Einführung

1.1. Lage des Plangebietes

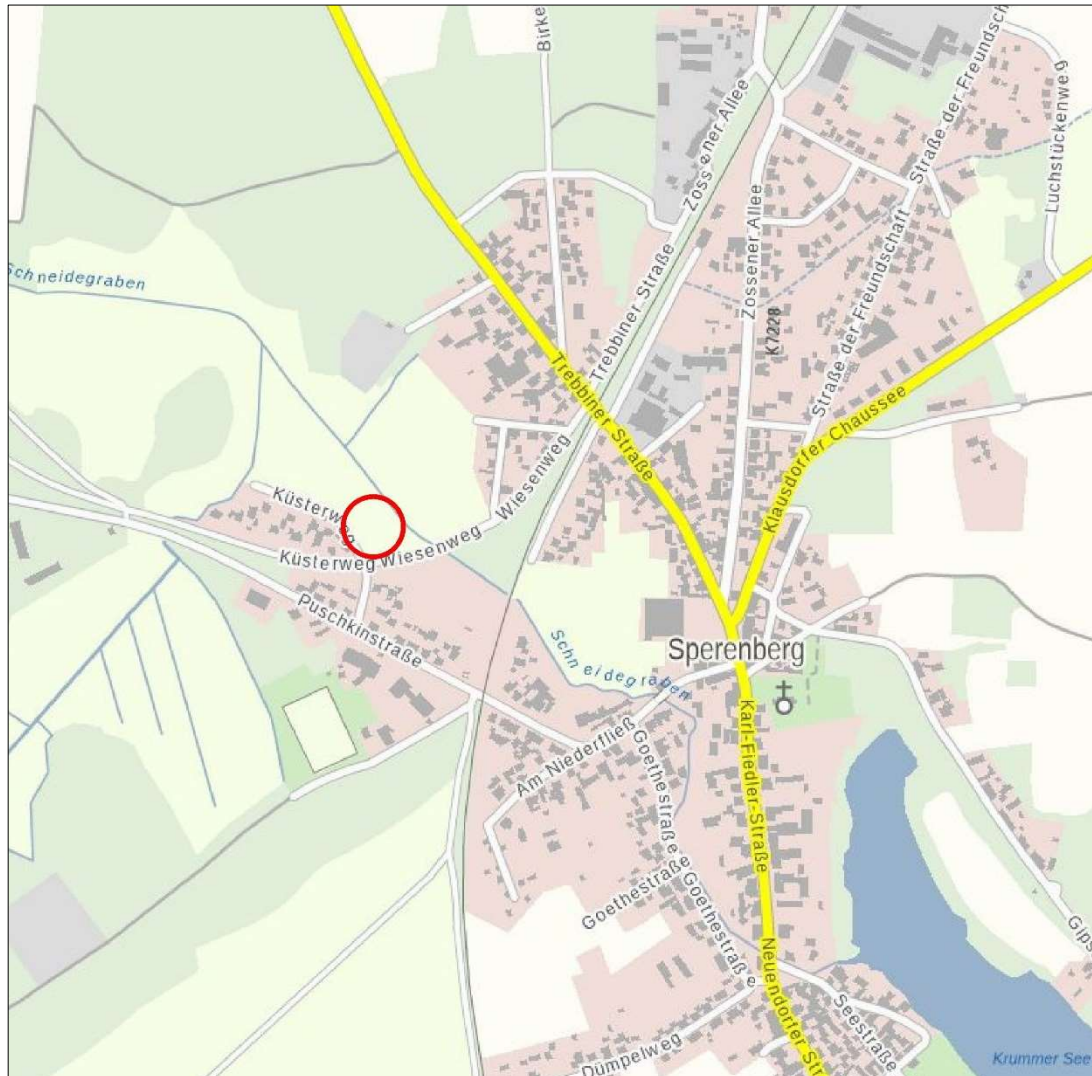


Abb. 1: Lage des Plangebietes

Das Plangebiet ist im westlichen Teil des Ortsteiles Sperenberg der Gemeinde Am Mellensee gelegen.

Der Gesamtumfang des Plangebietes umfasst eine Fläche von 0,43 ha und ist wie folgt begrenzt:

Nord-Osten	durch den Schneidegraben und darüber hinaus von Wiesenfläche
Süd-Osten	durch Wiesenfläche und dem Wiesenweg
Süd-Westen	durch den Küsterweg und weiter durch Siedlungsbereich
Nord-Westen	durch Wiesenfläche

1.2. Räumlicher Geltungsbereich

Der räumliche Geltungsbereich beinhaltet Flurstücke 510 und 509 tlw. (Küsterweg) der Flur 5 der Gemarkung Sperenberg und umfasst eine Fläche von ca. 4.300 m².

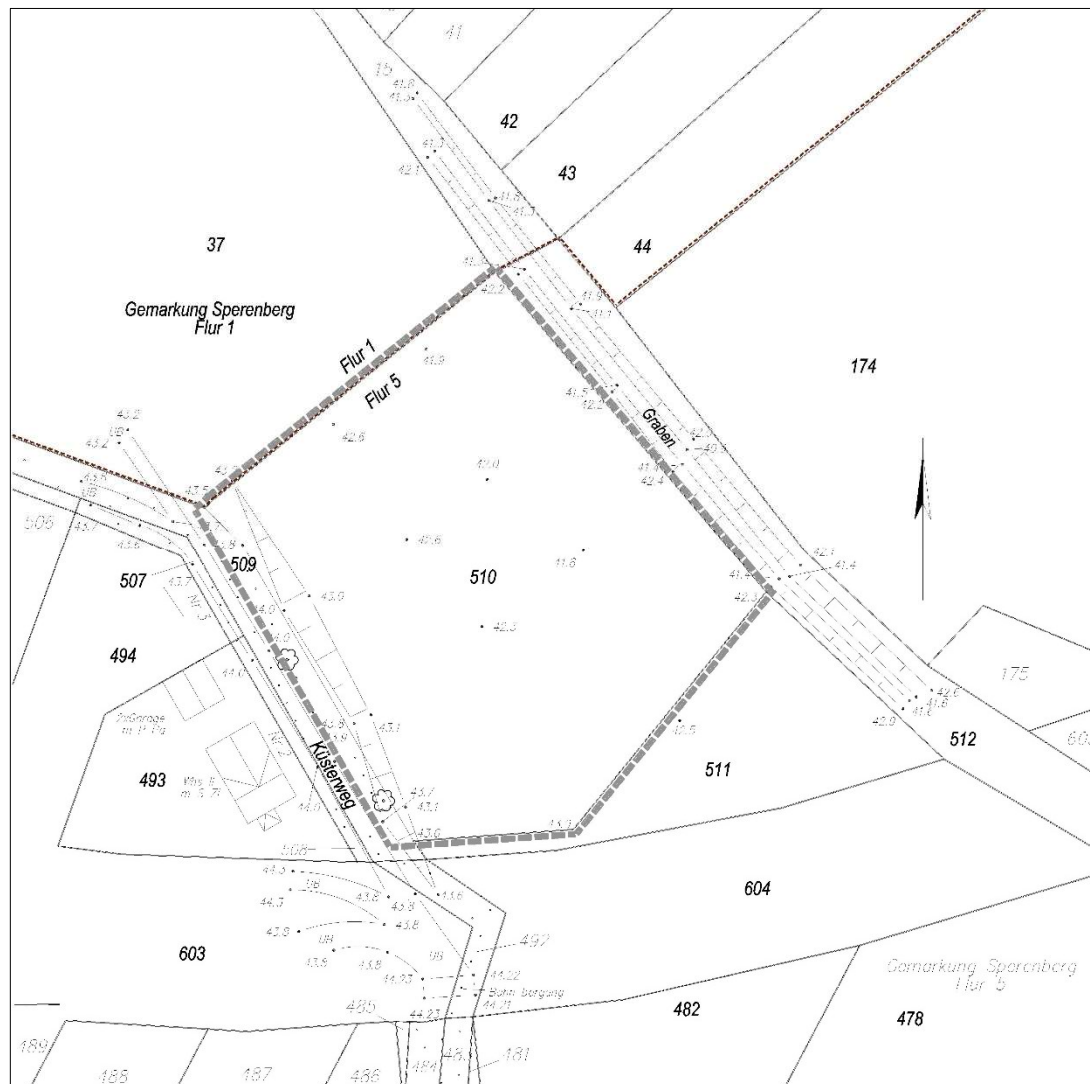




Abb. 3: städtebauliche und Nutzungsstruktur / Luftbild

Siedlungsstrukturell ist die Plangebietsfläche im westlichen sowie südlichen Bereich von Einfamilienhausbebauung geringer Bebauungsdichte umgeben. In fußläufiger Entfernung befinden sich Nahversorgungseinrichtungen, Kinder- und Bildungseinrichtungen, kirchliche und soziale Einrichtungen sowie Sportanlagen und Sportstätten sowie Haltepunkte des öffentlichen Nahverkehrs (Bus).

Die Plangebietsfläche wird abgehend vom Küsterweg verkehrlich erschlossen.

Die technische Erschließung des Plangebietes ist hinsichtlich der äußeren Erschließung als gesichert zu betrachten. Im Umfeld des Plangebietes befinden sich zentrale öffentliche Trinkwasserver- und Schmutzwasserentsorgungsanlagen des KMS, über die eine Erschließung möglich ist.

3. Planungsbindungen

3.1. Planungsrechtliche Ausgangssituation

Die Plangebietsfläche ist dem Außenbereich zugehörig, liegt jedoch unmittelbar angrenzend an den im Zusammenhang bebauten Ortsteil Sperenberg. Zur Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzung für den dringend erforderlichen Wohnungsbau bedarf es daher der Aufstellung eines Bebauungsplans. Dies ist vorliegend beabsichtigt.

3.2. Landes- und regionalplanerische Voraussetzungen

Gem. §1 (4) BauGB sind die Bauleitpläne den Zielen der Raumordnung anzupassen.

Die brandenburgische Verordnung über den Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) vom 29. April 2019 wurde im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg (GVBl. II, Nr. 3) verkündet und ist am 1. Juli 2019 in Kraft treten.

Die Gemeinsame Landesplanungsabteilung hat mit Schreiben vom 03.03.2020 die für die Planung maßgeblichen Ziele der Raumordnung mitgeteilt. Hiernach sind folgende Ziele der Raumordnung für die Planung maßgeblich:

Z.5.2 LEP HR: Anschluss neuer Siedlungsflächen an vorhandene Siedlungsgebiete

Z.5.5 Abs. 1 und 2 LEP HR: Wohnsiedlungsentwicklung für den örtlichen Bedarf im Rahmen der Eigenentwicklung (1ha/1000 EW)

Das Plangebiet schließt an vorhandene Siedlungsgebiete an, ist als Innenentwicklung zu werten und kann ohne Inanspruchnahme der Eigenentwicklungsoption entwickelt werden.

Gem. §1 (4) BauGB sind die Bauleitpläne den Zielen der Raumordnung anzupassen. Der Bebauungsplan dient der Aktivierung von Potenzialflächen zu Wohnzwecken und wird gem. § 13b BauGB als Bebauungsplan unter Einbeziehung von Außenbereichsflächen im beschleunigten Verfahren gem. §13a BauGB aufgestellt. Nach den dargestellten Zielen und Zwecken des B-Plans ist davon auszugehen, dass keine Ziele, Grundsätze und Erfordernisse der Raumordnung vorliegen, die der Planung entgegenstehen. Der beabsichtigte B - Plans folgt somit dem Anpassungsgebot gem. §1 (4) BauGB.

3.3. Kommunale vorbereitende Bauleitplanung und informelle Begleitplanungen

Der rechtskräftige Flächennutzungsplan (FNP) der Gemeinde Am Mellensee weist die Plangebietsfläche als Fläche für die Landwirtschaft aus.

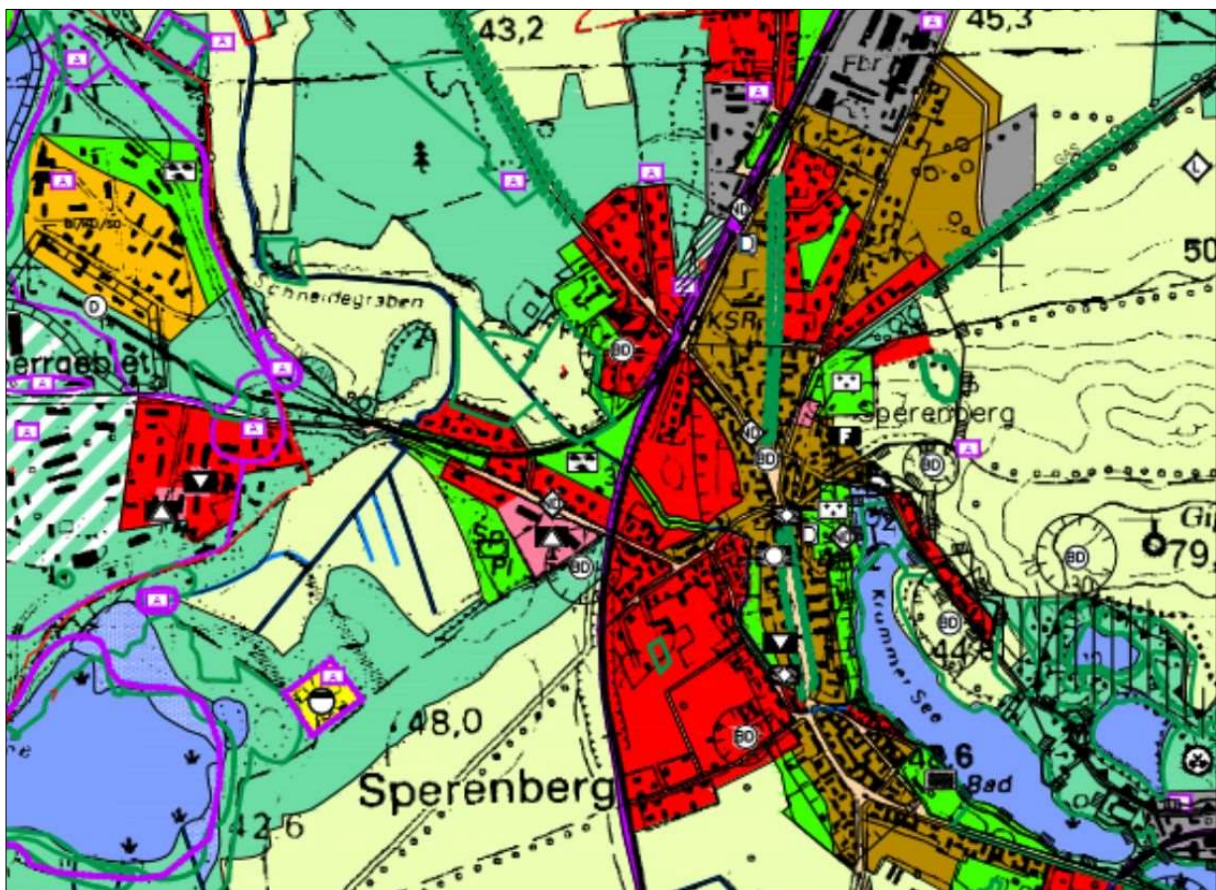


Abb. 4: Auszug FNP

Derzeit ist die Plangebietsfläche ungenutzte Freifläche. Die Flächenzuführung als landwirtschaftliche Nutzfläche gem. Absichten der FNP-Ausweisung steht nicht in Aussicht. Hiernach ist die Planaufstellung nicht mit einem Entzug landwirtschaftlicher Nutzfläche verbunden.

Nunmehr ist aufgrund der geänderten städtebaulichen Absichten und des dringenden Handlungsbedarfs die Baugebietsfläche als Wohngebiet festgesetzt. Dies ist im FNP gem. §13a (2) Pkt. 2 BauGB zu berichtigen und anzupassen. Gemäß den Darlegungen in dieser Begründung wird der Bebauungsplan der beabsichtigten städtebaulichen Entwicklung der Gemeinde Am Mellensee nicht entgegenstehen.

Die Gemeinde Am Mellensee beabsichtigt die bislang unbebaute, im Siedlungsanschluss gelegene Plangebietsflächen nördlich des Küsterwegs baulich zu entwickeln. Gem. § 1 (3) BauGB haben die Kommunen die Bauleitpläne aufzustellen, sobald und soweit es für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung erforderlich ist und mit dem Bauleitplan die Möglichkeit im gesamtgemeindlichen Kontext eine neue städtebauliche Ordnung zu begründen. Die Aufstellung des B-Plans ist vorliegend erforderlich, weil die Fläche planungsrechtlich dem Außenbereich zugehörig ist. Nach den gesamt kommunalen Erfordernissen ist eine neue städtebauliche Ordnung für Wohnnutzung beabsichtigt.

Nach den im BauGB definierten Grundsätzen sollen die „Bauleitpläne eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung, die die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt, und eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung gewährleisten. Sie sollen dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln sowie den Klimaschutz und die Klimaanpassung, insbesondere auch in der Stadtentwicklung, zu fördern, sowie die städtebauliche Gestalt und das Orts- und Landschaftsbild baukulturell zu erhalten und zu entwickeln. Dies soll gem. §13b BauGB auch auf Flächen möglich sein, die sich an im Zusammenhang bebaute Ortsteile anschließen und für die die Zulässigkeit von Wohnnutzung begründet wird.

In Einstellung dieser Erfordernisse und Grundsätze hat die Gemeindevertretung Am Mellensee befunden, dass im Plangebiet die planungsrechtlichen Grundlagen für ein Allgemeines Wohngebiet zur Schaffung von Wohnraum geschaffen werden sollen und hierdurch das öffentliche Interesse an der Planaufstellung bekundet. Nach diesen Maßgaben sieht die neue städtebauliche Ordnung für das Gebiet eine, mit den städtebaulichen Grundsätzen vereinbare Bebauung vor, die insbesondere dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung gewährleisten soll und dem dringenden Bedarf an Wohnraum Rechnung trägt. Die Baulandbereitstellung zu diesem Zeitpunkt ist sinnvoll, weil Flächenverfügbarkeit und die Bereitschaft zur zeitnahen Bebauung vorliegen.

4. Planungskonzept

4.1. Planungsziel und -zweck

Mit der Aufstellung des B-Planes ist beabsichtigt, die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Entwicklung ergänzender Wohnbauten zu schaffen, die nach den Maßgaben des umgebenden städtebaulichen Kontextes die Ausbildung von Wohnbauten in offener Bebauungsstruktur vorbereiten soll. Durch Ausweisung von Bauflächen ist eine Fortführung der umgebenden, vorwiegend wohngeprägten Nutzungsstruktur beabsichtigt. Hiernach soll eine städtebauliche Arrondierung durch Einbeziehung von Außenbereichsflächen im städtebaulichen Gesamtkontext im Bereich Küsterweg realisiert werden.

Ziel der Planaufstellung ist es, für die kommunale Entwicklung vorhandenes Potenzial durch Maßnahmen der Innenentwicklung, vorliegend i. V. m. der zulässigen Einbeziehung von Außenbereichsflächen zu aktivieren, den Ansiedlungswünschen Rechnung zu tragen und das Plangebiet in seiner künftigen Struktur in die umgebenden städtebaulichen Bereiche zu integrieren.

5. Planinhalt (Abwägung und Begründung)

5.1. Konzept

In Einstellung der Maßgaben der Planungsbindungen ist im Plangebiet abgehend vom Küsterweg die siedlungsstrukturelle Ergänzung durch Wohnbauten als Arrondierung beabsichtigt.



Abb. 5 Plangebiet von Nord-Ost

Trinkwasserver- und Schmutzwasserentsorgung, Löschwasserversorgung

Die Anbindung des Plangebietes an, das im OT Sperenberg anliegende öffentliche Trinkwasserver- und Schmutzwasserentsorgungsnetz ist durch Netzerweiterung möglich und ist somit als gesichert anzusehen.

Ein Erschließungsvertrag ist mit der zuständigen wasserversorgungspflichtigen Körperschaft (hier KMS) vor Satzungsbeschluss abzuschließen.

Für die Löschwasserversorgung sind die Gemeinden im Rahmen der gesetzlichen Zuständigkeit als Träger des Brandschutzes auch für die Löschwasservorhaltung, entsprechend den örtlichen Verhältnissen, angemessen verantwortlich.

Macht sich im Einzelfall eine besondere Löschwasserversorgung oder –bevorratung erforderlich, hat hierfür der Eigentümer, Besitzer oder Nutzungsberechtigte Sorge zu tragen.

Niederschlagswasser von Dachflächen und versiegelten Flächen, von denen eine Verunreinigung ausgeschlossen werden kann, ist unter Berücksichtigung von Standortbedingungen nach § 54 Abs. 4 BbgWG auf dem Grundstück zu versickern.

5.2. Festsetzungen des B-Plans

Der B-Plan weist die folgenden planungs- und bauordnungsrechtlichen textlichen Festsetzungen aus, die im Gesamtkontext mit den zeichnerischen Festsetzungen sowie den grünordnerischen Festsetzungen, die im städtebaulichen Konzept dargelegten Ziele für die künftige Ordnung im Gebiet sichern sollen.

Teil I: Planzeichnung M 1:500

Durch Planzeichen sind zeichnerisch festgesetzt:

- Grenzen des räumlichen Geltungsbereichs
- Bauflächen als Wohnbauflächen und deren überbaubare Grundstücksflächen
- öffentliche Straßenverkehrsfläche und deren Begrenzungslinie
- Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (Hecke)

Nachrichtlich übernommen und mit Planzeichen dargestellt sind:
- Fläche, die von Bebauung freizuhalten ist und als Freihaltefläche für Gewässerunterhaltungsmaßnahmen für den Schneidegraben dient.

Teil II: Textliche Festsetzungen

II.1. Planungsrechtliche Festsetzungen

1. Baugebiet (§9 (1) Nr. 1 BauGB)

WR: Reines Wohngebiet (§3 BauNVO)

Zulässig sind:

1. Wohngebäude
2. Anlagen zur Kinderbetreuung, die den Bedürfnissen der Bevölkerung des Gebietes dienen.

Die Ausnahmen nach §3 (3) BauNVO sind nicht Bestandteil des Bebauungsplans.

Begründung:

Das Plangebiet ist in unmittelbarem Siedlungsanschluss gelegene, derzeit unbebaute Fläche. In Fortführung der gesamt kommunalen städtebaulichen Absichten sowie aufgrund der eingetretenen Entwicklung eines erheblichen Wohnraumbedarfs ist für das Plangebiet Reines Wohngebiet gem. §3 BauNVO festgesetzt. Der auf Grundlage von §1 Abs. 5 BauNVO vorliegende Ausschluss der, in einem Reinen Wohngebiet nach Abs. 3 Pkt. 3 BauNVO ausnahmsweise zulässigen Nutzungen, dient der Sicherung der beabsichtigten Gebietscharakteristik hinsichtlich des Wohnens i.V.m. im Wesentlichen dem Wohnen dienenden weiteren Nutzungen. Ebenfalls aufgrund der Lage des Plangebietes innerhalb der Gemeinde werden die ausnahmsweise zulässigen Nutzungen ausgeschlossen, da diese an anderen Standorten der Gemeinde gedeckt werden können.

2. Überbaubare Grundstücksflächen (§9 (1) Nr.2 BauGB, §23 BauNVO)

2.1. Die überbaubaren Grundstücksflächen werden durch Baugrenzen festgelegt.

2.2. Garagen, Stellplätze sowie Nebenanlagen im Sinne des §14 BauNVO sind auch auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.

Begründung:

Die überbaubaren Grundstücksflächen sind unter dem Aspekt der Ausbildung einer ablesbaren städtebaulichen Struktur im Kontext mit einer optimierten, städtebaulich vertretbaren flexiblen baulichen Nutzung der Grundstücke ausgewiesen worden.

3. Maß der baulichen Nutzung (§9 (1) Nr. 1 BauGB, §16 BauNVO)

3.1. Als Maß der baulichen Nutzung wird für das Baugebiet eine max. zul. GRZ von 0,4 festgesetzt. Die zulässige GRZ darf durch die Grundflächen von Garagen und Stellplätzen mit ihren Zufahrten sowie Nebenanlagen i. S. des §14 BauNVO sowie bauliche Anlagen unterhalb der Geländeoberfläche, durch die das Baugrundstück lediglich unterbaut wird, um bis zu 50 von Hundert überschritten werden.

Begründung:

Das Höchstmaß der baulichen Nutzung GRZ ist für das Baugebiet nach den Maßgaben eines effizienten Umgangs mit Grund und Boden festgesetzt worden. Im Kontext mit den nicht überbaubaren Grundstücksflächen ist eine Fortführung der umgebenden Siedlungsbereiche in einem harmonischen Ortsbild gewährleistet.

3.2. Für das Baugebiet wird die zulässige Zahl der Vollgeschosse mit 2 als Höchstmaß festgesetzt.

Begründung:

Die Zahl der max. zul. Vollgeschosse ist für das Baugebiet nach den Maßgaben eines effizienten Umgangs mit Grund und Boden festgesetzt worden. Im Kontext mit den auf den Grundstücken

verbleibenden Freiflächen ist eine Fortführung der umgebenden Siedlungsbereiche in einem harmonischen Ortsbild gewährleistet.

4. Bauweise (§9 (1) Nr. 2 BauGB, §22 BauNVO)

4.1. Für das Baugebiet wird die offene Bauweise "o" gem. §22 (2) BauNVO festgesetzt.

Begründung:

Die offene Bauweise ist abgeleitet aus der umgebenden Siedlungscharakteristik und sichert die Fortführung der städtebaulichen Strukturen der angrenzenden Siedlungsbereiche.

II.II. Grünordnerische Festsetzungen

1. Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

1.1. In dem Baugebiet ist die Befestigung von Zufahrten, Stellplätzen und sonstigen Nebenflächen nur mit wasser- und luftdurchlässigem Aufbau zulässig. Die Herstellung von Betonunterbau, Fugenverguss, Asphaltierungen und sonstigen, die Luft- und Wasserdurchlässigkeit wesentlich mindernden Befestigungen sind unzulässig.

1.2. Das anfallende Niederschlagswasser ist auf den Grundstücksflächen zu versickern.

2. Maßnahmen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB)

2.1. In den allgemeinen Wohngebieten je Grundstück ein Baum der Artenlisten A oder B mindestens als Halbstamm mit einem Stammumfang von mindestens 10 bis 12 cm zu pflanzen.

2.2. Innerhalb der zeichnerisch festgesetzten Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen ist eine 3m breite freiwachsende Hecke anzupflanzen. Je lfd. Meter Hecke sind 6 Sträucher der Artenliste C anzupflanzen.

3. Artenlisten

A: Laub- und Nadelbäume

Feld-Ahorn
Bergahorn
Spitz-Ahorn
Hänge-Birke
Moor-Birke
Hainbuche
Rot-Buche
Gemeine Esche
Stiel-Eiche
Silber-Weide
Eberesche
Elsbeere
Winterlinde
Sommerlinde

B: Obstbäume

Kultur-Apfel
Wild-Apfel
Vogelkirsche
Sauer-Kirsche
Gew. Kulturpflaume
Kultur-Birne
Wild-Birne

C: Sträucher

Roter Hartriegel
Gemeinde Hasel
Zweiggriffliger Weißdorn
Europäisches Pfaffenhütchen
Rote Heckenkirsche
Schlehe
Purgier-Kreuzdorn
Hunds-Rose
Filz-Rose
Gewöhnliche Brombeere
Echte Himbeere
Schwarzer Holunder
Trauben-Holunder
Gemeiner Schneeball

Begründung:

Die Festsetzungen zur Grünordnung innerhalb des Plangebietes sind begründet in der beabsichtigten Sicherung einer landschaftlichen Einbindung und dienen im Weiteren wesentlich der Schaffung der Voraussetzungen für gesunde Wohn- und Lebensverhältnisse für künftige Ansiedlungen im Gebiet.

Teil III. Hinweise zum Vollzug der Vermeidungs- und Ersatzmaßnahmen (ohne Festsetzungscharakter)

1. Bauzeitenregelung

Die Baufeldfreimachung (einschl. Baumfällungen und Rodungen) darf nicht innerhalb der Vogelbrutzeit durchgeführt werden (nicht im Zeitraum 1. März bis 31. Oktober).

2. Umsiedlung von Waldameisen

Die durch das Planvorhaben berührten 3 vorhandenen Ansiedlungen der roten Waldameise sind vor Baufeldfreimachung innerhalb des Plangebietes - im Zeitraum zwischen 01. März und 30. April - umzusiedeln. Für die Umsetzung ist eine Ausnahmegenehmigung nach §45 Abs. 7 BNatschG erforderlich.

3. Allgemein Anforderungen des Artenschutzes

Zum Schutz der Lurche ist das Plangebiet vor Beginn der Baufeldfreimachung mittels eines Amphibienleitzauens zu umgrenzen. Die Aufstellung des Zauens ist bis Ende Februar vorzunehmen und während der gesamten Dauer der Baufeldfreimachung aufrecht zu erhalten.

Begründung:

Durch die Aufstellung des Bebauungsplans ist eine Beeinträchtigung der Avifauna möglich.

Mit den konkreten Vermeidungs- und Ersatzmaßnahmen und deren verbindliche Festlegung ist die Sicherung eines nachhaltigen Artenschutzes im Stadium des B-Plans beabsichtigt.

5.3. Flächenbilanz

Gesamtfläche des räumlichen Geltungsbereiches	0,43 ha
davon:	
Bauflächen WR	4.232 m ²
öffentliche Straßenverkehrsfläche	108 m ²

6. Auswirkungen der Planung

Bei der Aufstellung des B-Plans sind die von der Planung berührten Belange, einschließlich der Umweltbelange nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB, nach allgemeinen Grundsätzen zu ermitteln und zu bewerten (§ 2 Abs. 3 BauGB) und gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen. Im Verfahren gem. §13a Abs. 1 Satz 2 Pkt. 2 BauGB bedarf es der Eingriffsermittlung und -bewertung. Das gesetzlich gegebene Erfordernis von Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen besteht nicht.

6.1. Wohnbedürfnisse der Bevölkerung

Mit vorliegendem B-Plan ist die planungsrechtliche Vorbereitung und Sicherung von Flächen für Wohnungen im Ortsteil Sperenberg der Gemeinde Am Mellensee beabsichtigt. Resultierend aus dem erheblichen bereits bestehenden Bedarf leitet sich ein diesbezüglicher akuter Handlungsbedarf ab, um stabile Bewohnerstrukturen zu erhalten und zu entwickeln und den spezifischen Bedürfnissen insbesondere von Familien Rechnung zu tragen. Mit BAUGB Novelle 2017 wurden ausdrücklich die „Wohnbedürfnisse der Bevölkerung“ sowohl als Planungsgrundsatz (§1 Abs. 5 BauGB) als auch als abwägungserheblicher Belang (§1 Abs. 6 Nr. 2 BauGB) eingeführt. Hierdurch erfolgte die Verdeutlichung des sozialstaatlichen Auftrages der Bauleitplanung.

Die Planaufstellung folgt den Erfordernissen der gesamtkommunalen Entwicklung und liegt im wesentlichen öffentlichen Interesse.

6.2. Verkehr

Das Plangebiet ist gelegen nördlich des Küsterweges, über den auch die südlich des Küsterweges gelegene Bebauung verkehrlich erschlossen ist. Zum Nachweis der gesicherten verkehrlichen Erschließung wird ein städtebaulicher Vertrag mit dem Grundstückseigentümer vor Satzungsbeschluss geschlossen, der die bauliche Ertüchtigung des Küsterweges als Erfordernis infolge hinzutretender Nutzung im Plangebiet regelt.

Abgehend von der unmittelbar angrenzenden Straße Küsterweg werden die Bauflächen direkt erschlossen, einer weiteren inneren verkehrlichen Erschließung des Gebietes bedarf es nicht.

Für den Verkehrsfluss auf den angrenzenden Straßen ist trotz des zusätzlichen Verkehrsaufkommens keine signifikante Verschlechterung zu erwarten.

Erhebliche nachteilige Auswirkungen auf den Verkehr infolge der geplanten Ansiedlung sind hiernach nicht zu befürchten.

6.3. Gemeinbedarfseinrichtungen

Nach Realisierung der mit dem B-Plan beabsichtigten Wohnbauvorhaben ist ein prognostizierter Einwohnerzuwachs von ca. 16 EW zu erwarten. Hierbei ist einzustellen, dass mit den beabsichtigten Bauvorhaben wesentlich der Deckung eines tatsächlich örtlich bestehenden Bedarfs verfolgt wird. Dies ist in die kommunalen Entwicklungskonzeptionen eingestellt. Im Weiteren sind in der Gemeinde im Einzugsbereich bei funktionsfähiger Infrastruktur zahlreiche Gemeinbedarfs- und Versorgungseinrichtungen, deren Versorgungsfunktion durch die hinzutretende Einwohnerzahl in nicht mehr als unerheblichem Maße belastet wird.

6.4. Natur, Landschaft, Umwelt

Bei der Aufstellung eines Bebauungsplans sind die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu berücksichtigen.

Die Ermittlung und Bewertung der voraussichtlichen Auswirkungen auf die zu betrachtenden Schutzgüter ist der Abwägung der öffentlichen und privaten Belange zugrunde zu legen.

6.4.1. Plangebietsbezogene Ziele des Umweltschutzes

Spezifische Ziele oder Anforderungen des Umweltschutzes, die für das Plangebiet zu berücksichtigen sind, wurden durch übergeordnete oder spezielle Fachplanungen nicht definiert. Aus der örtlichen Lage lässt sich unter den Aspekten des umgebenden Bestandes einerseits und der konzipierten baulichen Entwicklung andererseits als wesentliches Ziel des Umweltschutzes für den Geltungsbereich die Sicherung einer harmonischen und geordneten städtebaulichen Neuentwicklung mit angepasster Einbindung in das Orts- und Landschaftsbild ableiten.

6.4.2. Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen auf die Umwelt

Standortbegründung, Prüfung von Alternativen

Aus der zusammenhängenden Größe des verfügbaren Plangebietes in unmittelbarem Siedlungsanschluss und dem gegenwärtigen sowie einem prognostizierten künftig steigenden Bedarf an Wohnungen für Familien ist der städtebauliche Entwicklungsbedarf augenscheinlich und nachweisbar. Das Plangebiet liegt in fußläufiger Entfernung zum Haltepunkt des ÖPNV. Aus dieser Sicht kann die Aufstellung eines Bebauungsplanes im OT Sperenberg nur auf den konkreten entwicklungsbedürftigen Standort ausgerichtet werden. Eine Alternativenprüfung ist unter diesen Voraussetzungen entbehrlich.

Ermittlung und Bewertung von Beeinträchtigungen

Die planbedingten Auswirkungen werden schutzgutbezogen ermittelt. Die Bewertung von Auswirkungen und Beeinträchtigungen erfolgt grundsätzlich verbal-argumentativ und bei Erfordernis durch zahlenmäßig gefasste Größen untersetzt.

Planbezogene Abschätzung von Beeinträchtigungen und deren Intensität (Übersicht)

Schutzgut	Beeinträchtigung		
	baubedingt	anlagebedingt	nutzungsbedingt
Mensch und Siedlung	O	---	----
Kultur- und Sachgüter	----	----	----
Boden	O	O	----
Klima/Luft	----	O	----
Wasserhaushalt	----	O	----
Arten und Lebensgemeinschaften	O	O	----
Landschaftsbild/Ortsbild	---/---	---/---	---/---

Einstufung X erheblich O geringfügig bzw. zeitweilig ---- Beeinträchtigung nicht absehbar

Auswirkungen auf den Menschen

Die Durchführung des Bebauungsplanes wird baubedingt mit Baugeschehen verbunden sein, dass sich voraussichtlich in mehrwöchigen Perioden vollziehen wird. Die mit dem Verlauf auftretenden Wirkungen durch Baulärm, Staub oder Baustellenverkehr sind dabei diskontinuierlich und mit wechselnder Intensität. Mögliche Störwirkungen auf die Menschen der umgebenden Wohnumgebung sind allenfalls geringfügig.

Mit der Realisierung der Planung werden die Lebens- und Umweltbedingungen für den Menschen qualitativ verändert, jedoch sind Beeinträchtigungen nur in dem Maße zu erwarten, das allgemein als hinnehmbar zu bewerten ist.

Auswirkungen infolge hinzutretender Bebauung:

Mit der Ausweisung der überbaubaren Grundstücksflächen und der festgesetzten max. zul. Höhenentwicklung von Gebäuden werden zu den umgebenden Wohnhäusern und deren Grundstücken Abstände gesichert, die wesentlich über den erforderlichen Abstandsflächen vor Gebäuden gem. BbgBO liegen. Die Schutzziele des Abstandsflächenrechts liegen darin, eine ausreichende Belichtung, Besonnung und Belüftung des Grundstücks zu sichern, sowie einen ausreichenden Sozialabstand im Interesse des Wohnfriedens zu wahren, sodass unzumutbare Beeinträchtigungen infolge der Bebauung nicht zu befürchten sind.

Auswirkungen infolge des Verlustes von Freiraum:

Mit der Realisierung des Vorhabens ist unvermeidbar der Verlust an Freiraum verbunden. Hierbei ist zunächst einzustellen, dass es sich bei der der Plangebietsfläche nicht um eine angelegte und etablierte Erholungsfläche handelt. Aufgrund ihrer Auffassung lag die Fläche bislang brach, sie wurde nicht genutzt.

Für die geplante Bebauung sind wohnnahe Freiflächen planungsrechtlich gesichert.

Die Anwohner der umgebenden Einfamilienhausgebiete besitzen aufgrund der geringen Bebauungsdichte einen hohen Anteil an wohnnahe Freiraum. Im Weiteren ist einzustellen, dass das Plangebiet, sowie die umgebenden Siedlungsbereiche in fußläufiger Entfernung zu weitläufigem Freiraum im Außenbereich gelegen sind, sodass eine unzumutbare, mit gesunden Wohn- und Lebensverhältnissen unvereinbare Beeinträchtigung infolge des Verlustes des Freiraums nicht zu befürchten ist.

Auswirkungen infolge hinzutretender Nutzungen:

Für die Wohnanlage ist eine Baunutzung als „Reines Wohngebiet“ vorgesehen.

Die umliegenden Wohnnutzungen sind ebenfalls als WR einzustufen.

Infolge der hinzutretenden Nutzungen im Plangebiet wird sich im Umfeld durch die im öffentlichen Straßenraum hinzukommenden Verkehre die Geräuschbelastung verändern, jedoch ist einzuschätzen, dass es aufgrund der prognostizierten vergleichsweise geringen Fahrzeugbewegungen sowie auch wohntypischen Verkehre nicht zu erheblichen Beeinträchtigungen für die umliegenden Anwohner kommt.

Zusammenfassend wird festgestellt, dass durch das Vorhaben keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der bisherigen Wohn- und Lebensqualität sowie der Gesundheit der Menschen zu erwarten ist.

Auswirkungen auf Kultur- und Sachgüter

Es liegen für das Plangebiet keine Erkenntnisse über Sach- oder Kulturgüter vor. Eine Beeinträchtigung ist daher nicht absehbar.

Auswirkungen auf Boden und Bodenfunktionen

Die Realisierung des Bebauungsplans ist mit der Errichtung von Wohngebäuden und deren Nebenanlagen verbunden. So wird es durch die ermöglichten Bauvorhaben zu Auf- und Abtrag von Oberboden, fahrzeugbedingten Verwerfungen oder Verdichtungen kommen. Diese Störungen sind allerdings als zeitweilig bzw. geringfügig zu bewerten. Nach Realisierung der Vorhaben bei planungsrechtlicher Sicherung der versickerungsfähigen Ausführung der Befestigung von Zufahrten, Stellplätzen und sonstigen Nebenflächen verbleiben 60% der Plangebietsfläche als Freiflächen, sodass ein erheblicher Eingriff in das Schutzgut Boden, der nachteilige Auswirkungen auf die Umgebung hat, nicht zu befürchten ist.

Innerhalb des Plangebietes liegen keine Flächen, die als altlastenverdächtige Flächen im Altlastenkataster der Landkreises Dahme-Spreewald registriert sind.

Ebenso liegen innerhalb des Plangebietes keine konkreten Anhaltspunkte auf das Vorhandensein von Kampfmitteln vor. Es ist deshalb nicht erforderlich Maßnahmen der Kampfmittelberäumung durchzuführen.

Auswirkungen auf den Wasserhaushalt

Die Böden weisen im Plangebiet eine relativ große Durchlässigkeit auf, wodurch das Grundwasser gegenüber flächenhaft eindringenden Schadstoffen nicht geschützt ist.

Mit der anlagebedingten Entstehung versiegelter Flächen wird grundsätzlich primär eine Verringerung des Flächenpotenzials zur Niederschlagsversickerung bzw. eine Minderung der möglichen Grundwasserneubildung erzeugt.

Vorliegend sind die Bauflächen mindernd im B-Plan so ausgewiesen, dass das auf den Grundstücks- und Gebäudeflächen anfallende Niederschlagswasser auf den angrenzenden, nicht überbauten Grundstücksflächen versickert werden kann. Bei den geringen Mengen und den anstehenden, gut durchlässigen Böden sind technische Anlagen zur Ableitung des Niederschlagswassers nicht erforderlich. Eine erhebliche Beeinträchtigung des lokalen Wasserhaushaltes ist nicht zu erwarten. Zusätzliche Maßnahmen sind daher nicht erforderlich.

Auswirkungen auf Klimafunktionen

Das Plangebiet und der Siedlungsbereich der näheren Umgebung haben einen hohen Grünflächenanteil, wodurch ein ausgeglichenes Standortklima erreicht wird. Die Schutzgüter Klima und Luft haben eine mittlere Bedeutung.

Eine Störung des Frisch- und Kaltluftaustausches ist nicht absehbar, da die geplanten Wohngrundstücke durch die festgelegten Baugrenzen bzw. Grundflächenzahlen noch ausreichende Anteile von unbebauten Grünflächen aufweisen. Eine wesentliche Beeinträchtigung der standortklimatischen Bedingungen lässt sich daraus nicht ableiten.

Auswirkungen auf Arten und Lebensgemeinschaften

Flora

Das Plangebiet ist offenlandgeprägte Fläche (Grünlandbrache). Eine Mahd erfolgt 2-mal im Jahr. Bedingt durch die Topographie lassen sich auf der Wiese unterschiedliche Nässeverhältnisse erkennen. Der südwestliche Bereich weist Pflanzenarten der trocknen Standorte auf. Im nordwestlichen Bereich kommen vermehrt Pflanzen der frischen und feuchten Standorte vor.

Die Biotope innerhalb des B-Plans sind in ihrer Form häufig anzutreffen und daher nicht gemäß § 30 BNatSchG geschützt.

Fauna

Die von der Überplanung berührten Arten sind gegenüber Veränderungen ihrer Lebensräume in Siedlungsgebieten weitgehend anpassungsfähig.

Es bestehen auch nach Verlust einzelner Reviere noch günstige Rückzugs- und Ansiedlungsmöglichkeiten in der näheren Umgebung des Plangebietes.

Für die sonstigen Vogelarten (Nahrungs- bzw. gelegentliche Gäste, Durchzügler) sind aus der Planung auch unter dem Aspekt der natürlichen Variabilität und Dynamik ihrer Verhaltensweisen keine beeinträchtigenden Auswirkungen abzuleiten.

Beeinträchtigende Auswirkungen auf die Tierwelt können entsprechend der Lage und der Dimension des Planvorhabens nicht vollständig vermieden werden, jedoch bleiben ökologische Habitatfunktionen in der räumlichen Umgebung erhalten.

Durch die Aufstellung des Bebauungsplans ist eine Beeinträchtigung der Avifauna und Rote Waldameise möglich. Daher sind folgende Maßnahmen einzuhalten:

- Zum Schutz der Vögel ist eine Baufeldfreimachung außerhalb der Zeit vom 1. März bis 31. Oktober durchzuführen.
- Die Ameisenhögel sind vor einer Baufeldfreimachung bis spätestens Mitte August fachgerecht umzusiedeln. Für die Umsetzung ist eine Ausnahmegenehmigung nach § 45 Abs. 7 erforderlich
- Zum vorbeugenden Schutz der Lurche ist das Plangebiet mittels eines Amphibienleitzauens zu umgrenzen. Die Aufstellung des Zauens ist bis Ende Februar vorzunehmen und während der gesamten Dauer der Baufeldfreimachung aufrecht zu erhalten.

Eine Verschlechterung des Erhaltungszustandes lokaler Tierwelt tritt nicht ein.

Auf den Artenschutzrechtlichen Fachbeitrag (Teil 2 dieser Begründung) wird verwiesen.

Orts- und Landschaftsbild

Der Geltungsbereich gehört zum Landschaftsbildtyp der siedlungsgeprägten Landschaft, die im Bereich des ländlich geprägt ist. Aufgrund der geringen Ausdehnung des Plangebietes, der beabsichtigten behutsamen Nachverdichtung in Fortschreibung der umgebenden baulichen Strukturen sowie der festgesetzten Rand-Eingrünung des Plangebietes sind Auswirkungen für das Landschaftsbild über die Grenzen des Plangebietes hinaus nicht zu erwarten.

Nutzungsbedingte Beeinträchtigungen oder Beanspruchungen von Natur und Landschaft, die über die bestimmungsgemäße Nutzung innerhalb des Plangebietes hinausgehen oder hinauswirken, sind nicht zu erwarten.

Die planbedingten Auswirkungen wurden ermittelt und bewertet. Weitergehende Prüfungen incl. Prüfverfahren, z.B. zur Umweltverträglichkeit einzelner Belange oder zur Verträglichkeit mit Schutzgebieten, werden nicht erforderlich. Die Untersuchung und Bewertung potenzieller Auswirkungen ergab, dass für die Schutzgüter Mensch, Kultur- und Sachgüter, Wasserhaushalt, Klima/Luft, Boden sowie Landschafts- und Ortsbild keine erheblichen Beeinträchtigungen zu prognostizieren sind.

Die Untersuchung der Fauna (Teil 2 „Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag - Prüfung des gesetzlichen Artenschutzes gemäß § 44 BNatSchG“) ergab keinen Anhaltspunkt für eine Betroffenheit gefährdeter Arten bei Einstellung der Vermeidungs- und Ersatzmaßnahmen.

Gem. §13a Abs. 2 Nr. 4 BauGB gelten Eingriffe, die auf Grund der Aufstellung des B-Plans zu erwarten sind, als im Sinne des §1a Abs. 3 Satz 5 BauGB vor der planerischen Entscheidung erfolgt oder zulässig.

Mit der Aufstellung des B-Planes ist beabsichtigt, die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Entwicklung eines Gebietes zu schaffen, dass nach den Maßgaben des umgebenden städtebaulichen Kontextes die Ausbildung eines qualitätvollen Siedlungsbereichs für den erheblichen Wohnungsbedarf vorbereiten soll.

6.5. Maßnahmen zur Verwirklichung / Bodenordnende Maßnahmen

Bodenordnung

Bodenordnende Maßnahmen im Sinne der §§ 45 bis 84 BauGB sind zur Umsetzung der mit dem B-Plan beabsichtigten Vorhaben nicht erforderlich.

6.6. Kosten

Bei der Aufstellung des Bebauungsplanes entstehen der Gemeinde Am Mellensee keine Kosten, da diese von dem privaten Grundeigentümer übernommen werden.

6.7. Zusammenfassende Bewertung

Mit der Aufstellung des Bebauungsplans soll eine Wohnbaufläche ausgewiesen werden. Das Plangebiet umfasst eine Frischwiese mit unterschiedlichen Vernässungsverhältnissen. Brütende Vogelarten konnten nicht festgestellt werden. Potenziell ist die Wiese aber als Neststandort für Bodenbrüter geeignet. Da nordöstlich des Plangebietes ein Fließgewässer angrenzt, in dem auch eine Lurchart vorgefunden werden konnte, besteht die Wahrscheinlichkeit, dass das Plangebiet zur Wanderungszeit der Lurche auch durchquert wird. Weiterhin sind eine Ansiedlung der Roten Waldameise innerhalb und 2 weitere Ansiedlungen am Plangebiet angrenzend vorhanden. Um Auswirkungen des Vorhabens auf die genannten Artengruppen ermitteln zu können, wurde eine artenschutzrechtliche Prüfung durchgeführt. Von den 16 beobachteten Vogelarten im und im näheren Umfeld des Plangebietes zählen 2 Arten zu den Bodenbrütern. Das sind Goldammer und Zilpzalp, die auf der Wiese geeignete Brutplätze auffinden könnten. Mit der Planung ist eine Beseitigung der Wiese verbunden, bei der mögliche Niststätten verloren gehen. Jedoch handelt es sich hier um einen kleinen Teil eines großen Wiesenkomplexes. Die zwei genannten Vogelarten haben weiterhin genügend Rückzugsmöglichkeiten in der näheren Umgebung. Für die übrigen gesichteten Vogelarten würde lediglich ein kleiner Teil des Nahrungshabitats verloren gehen. Auswirkungen, die mit der Planung in Verbindung stehen, sind für die Avifauna nicht zu erwarten, sofern eine Baufeldfreimachung außerhalb der Brutvogelschutzzeit vom 1. März bis 30. September erfolgt. Weiterhin werden die Neststandorte der Roten Waldameise überplant. Die Nester der Roten Waldameise sind vor Umsetzung der Planung durch Fachpersonal an eine geeignete Stelle umzusetzen. Hierfür ist eine Ausnahmegenehmigung erforderlich. Des Weiteren wurde im Schneidegraben eine Lurchart entdeckt. Es besteht die Vermutung, dass das Plangebiet von Lurchen durchwandert wird. Um die Lurche zu schützen, ist das Plangebiet vor Beginn der Baufeldfreimachung mit einem Amphibienleitsystem vollständig zu umzäunen. Das Leitsystem muss vor der Amphibienwanderung bis spätestens Ende Februar aufgestellt sein und ist während der gesamten Dauer der Baufeldfreimachung aufrecht zu erhalten.

Bei Einhaltung der Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen sind mit dem Vorhaben für die Artengruppen Avifauna, Rote Waldameise und Lurche keine Berührungen der Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 BNatSchG zu erwarten. Für die Umsiedlung der Roten Waldameise ist eine Ausnahmegenehmigung nach § 45 Abs. 7 erforderlich.

Die Realisierung des Bebauungsplans leistet in wesentlichem öffentlichem Interesse einen Beitrag zur Deckung der bestehenden Wohnbedürfnisse der ortsansässigen Bevölkerung, ist jedoch mit Auswirkungen auf die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes verbunden.

Die planbedingten Auswirkungen wurden ermittelt und bewertet. Weitergehende Prüfungen incl. Prüfverfahren, z.B. zur Umweltverträglichkeit einzelner Belange oder zur Verträglichkeit mit Schutzgebieten, werden nicht erforderlich.

Die schutzgutbezogene Untersuchung und Bewertung potenzieller Auswirkungen ergab, dass für die Schutzgüter Mensch, Kultur- und Sachgüter, Wasserhaushalt, Klima/Luft, sowie Landschafts- und Ortsbild keine erheblichen Beeinträchtigungen zu prognostizieren sind.

Die das Schutzgut Boden betreffenden Beeinträchtigungen, dessen Funktion durch die zulässige Versiegelung eingeschränkt wird, wird durch Anpflanzungen und Sicherung von Versickerungsfähigkeit befestigter Außenanlagen gemindert.

Infolge der Aufstellung des B-Plans sind keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen zu erkennen und zu erwarten, die dem B-Plan entgegenstehen.

7. Verfahren

Der Bebauungsplan gem. §13b BauGB dient der Aktivierung von Potenzialflächen durch Nachverdichtung und wird bei Einbeziehung von Außenbereichsflächen im beschleunigten Verfahren nach §13a BauGB aufgestellt.

Die Größe der zulässigen Grundfläche im Sinne des §19 Abs. 2 BauNVO liegt bei 1.692 m² und damit unter dem gesetzlich festgelegten Schwellenwert von 10.000m² (§13b BauGB).

Zum Nachweis, dass mit dem B-Plan eine Berührung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände nach §44 Abs. 1 BNatschG ausgeschlossen werden kann, ist als Teil 2 dieser Begründung der artenschutzrechtliche Fachbeitrag gem. §442 BNatSchG für einen B-Plan der Innenentwicklung nach §13a BauGB eingestellt worden.

Gem. §13a Abs. 2 Nr. 4 BauGB gelten in diesem Falle Eingriffe, die auf Grund der Aufstellung des B-Plans zu erwarten sind, als im Sinne des §1a Abs. 3 Satz 5 BauGB vor der planerischen Entscheidung erfolgt oder zulässig.

Im vereinfachten Verfahren wird von der Umweltprüfung (§2 Abs. 4 BauGB), vom Umweltbericht (§2a BauGB), von der zusammenfassenden Erklärung (§10 Abs. 4 BauGB) sowie von einer Überwachung der erheblichen Umweltauswirkungen, die aufgrund der Durchführung des Bauleitplans eintreten (§4c BauGB), abgesehen.

8. Rechtsgrundlagen

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147) geändert worden ist

Baunutzungsverordnung (Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), die durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802) geändert worden ist

Brandenburgische Bauordnung (BbgBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15.11.2018 (GVBl. I/18, Nr. 39) zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. Februar 2021 (GVBl. I/21, Nr. 5)

Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Inhalts (Planzeichenverordnung - PlanZV) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802) geändert worden ist

II. Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag - Prüfung des gesetzlichen Artenschutzes gemäß § 42 BNatSchG

1. Einleitung

Anlass und Aufgabenstellung

Die Gemeinde Am Mellensee beabsichtigt die Aufstellung eines Bebauungsplans zur Herstellung der Planungsvoraussetzung für die Entwicklung einer Wohnbaufläche. Das Plangebiet wird im Nordosten vom Schneidegraben und darüber hinaus von Wiesenfläche, im Südosten von Wiesenfläche und dem Wiesenweg, im Südwesten vom Küsterweg und Siedlungsbebauung sowie im Nordwesten von Wiesenfläche begrenzt. Die Planung betrifft das Flurstück 510 und 509 tlw. (Küsterweg) der Flur 5 der Gemarkung Sperenberg und umfasst eine Fläche von ca. 0,43 ha.

Eine Berührung von artenschutzrechtlichen Belangen nach § 44 BNatSchG ist bei der Umsetzung dieses Vorhabens nicht auszuschließen. In dem „Artenschutzrechtlichen Fachbeitrag“ sind die Regelungen der §§ 44ff. BNatSchG zu beachten. Es gilt § 44 Abs. 1 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG. Die streng geschützten Arten des Anhang IV der FFH-RL sowie die europäischen Vogelarten gem. Art. 1 der Vogelschutz-Richtlinie und somit alle in Europa natürlich vorkommenden Vogelarten sind danach relevant. Geprüft wird, ob durch das Vorhaben die Verbotsbestände erfüllt werden. Sofern sie erfüllt sind, werden im Anschluss die naturschutzfachlichen Voraussetzungen für eine Ausnahme von den Verboten gem. § 45 BNatSchG geprüft.



Abb. 1: Lage des Untersuchungsgebietes

Methodisches Vorgehen

Es erfolgten Ende März, Mitte April, Anfang Mai und Mitte Mai insgesamt 4 Begehungen des Plangebietes inklusive einer fotografischen Dokumentation. Die Wiesenfläche wurde auf mögliche Vorkommen von Bodenbrütern sowie der Böschungsbereich des Küsterwegs auf ein Vorkommen von Zauneidechsen untersucht. Weiterhin wurde der im Nordosten angrenzende Schneidegraben auf ein mögliches Vorkommen von Amphibien kontrolliert. Abschließend wird geprüft, inwieweit

Verbotstatbestände des besonderen Artenschutzes vorliegen und ob naturschutzfachliche Voraussetzungen für eine Ausnahme gegeben sind.

2. Beschreibung der wesentlichen Wirkungen durch das Vorhaben

Im Folgenden werden Wirkfaktoren, die durch die Realisierung des Bebauungsplans relevanten Beeinträchtigungen und Störungen von relevanten Arten verursachen könnten, kurz dargestellt.

Baubedingte Wirkfaktoren

Baubedingte Wirkfaktoren sind hauptsächlich Störungen, die mit der Errichtung von Gebäude und Stellflächen verbunden sind. Da diese Störungen nur von beschränkter Dauer sind und nur einen eingeschränkten Wirkungsraum haben, werden diese Störungen als nicht erheblich eingestuft.

Anlagebedingte Wirkfaktoren

Das Plangebiet ist Teil eines Feucht- und Frischwiesenkomplexes. Durch die geplante Bebauung wird die vorhandene Nutzungs- und Biotopstruktur (extensiv genutzte Frischwiese) verändert sowie überprägt und verkleinert den Wiesenkomplex, der Teilweise im FNP der Gemeinde Am Mellensee als geschütztes Biotop dargestellt ist. Die mit der Planung ermöglichte Flächeninanspruchnahme ergibt den anlagebedingten Lebensraumverlust.

Betriebsbedingte Wirkfaktoren

Als betriebsbedingte Störwirkungen sind die mit der Wohnnutzung verbundenen Störungen für die Fauna durch Menschen zu erwarten. Es ist beabsichtigt den Bau von 3 Einfamilienhäusern und 2 Mehrfamilienhäuser zu ermöglichen. Somit entstehen optische Reize und Lärmemissionen. Die Lärmemissionen sind jedoch bereits mit der südlich angrenzenden Bebauung vorhanden, so dass eine Störwirkung nur im geringen Maße vorhanden und somit nicht erheblich einzustufen ist.

3. Bestandsdarstellung

3.1. Beschreibung der Lebensräume

Der Vorhabenbereich wird durch eine extensiv bewirtschafteten Wiesenfläche geprägt. Eine Mahd erfolgt 2-mal im Jahr. Bedingt durch die Topographie lassen sich auf der Wiese unterschiedliche Nässeverhältnisse erkennen. Der südwestliche Bereich weist Pflanzenarten der trocknen Standorte auf. Im nordwestlichen Bereich kommen vermehrt Pflanzen der frischen und feuchten Standorte vor.

a) Frischwiese, artenreiche Ausprägung (GMFR, 051121)

Der nordöstliche Bereich des Geltungsbereiches weist einen hohen Feuchtegrad auf. Dies wird anhand der Artenzusammensetzung deutlich. Das Wiesenrispengras *Poa pratensis*, das Wollige Honiggras *Holcus lanatus* und der Wiesenfuchsschwanz *Alopecurus pratensis* sind Gräser, die auf frischen und feuchten Standorten einen dichten Bestand bilden. Typische Vertreter der Frischwiesen sind kleiner Sauerampfer *Rumex acetosella*, knolliger Hahnenfuß *Ranunculus bulbosus*, Rotklee *Trifolium pratense*, Spitzwegerich *Plantago lanceolata* und Wiesen-Löwenzahn *Taraxacum officinale*. Der kriechende Hahnenfuß *Ranunculus repens* kommt vor allem in feuchten Bereichen vor. Scharfer Hahnenfuß *Ranunculus acris*, Weißklee *Trifolium repens* und Wiesenschaumkraut *Cardamine pratensis* sind sowohl auf feuchten als auch auf frischen Standorten vorzufinden. Als Weitere Arten kommen gewöhnliche Graukresse *Berteroa incana* und gewöhnlicher Gundermann *Glechoma hederacea* vor. In den Fahrspuren der landwirtschaftlichen Maschinen wachsen zudem Binsen *Juncus spec.* und Sumpfschilf *Carex acutiformis*.

b) Frischwiese, artenarme Ausprägung (GMFA, 051122)

Der südöstliche Bereich liegt sichtbar höher. Dementsprechend ist der Boden hier auch trockener als im nordöstlichen Teil. Bestandsprägende Grasarten sind Rot-Schwingel *Festuca rubra* und Wiesenrispengras *Poa pratensis*. Als begleitende Stauden kommen Schafgarbe *Achillea millefolium*, doldige Spurre *Holosteum umbellatum*, efeublättriger Ehrenpreis *Veronica hederifolia*, Beifuß *Artemisia vulgaris*, gewöhnlicher Reiherschnabel *Erodium cicutarium*, Hirtentäschel *Capsella bursa-pastoris* und kleiner Sauerampfer *Rumex acetosella* vor.

c) *Ruderales Wiese* (, 05113)

Entlang des Küsterwegs ist eine Böschung vorhanden, die zum Teil in das Plangebiet hineinragt. Die Artenzusammensetzung deutet auf einen relativ trockenen Standort hin. Die taube Trespe *Bromus sterilis* ist hier bestandsprägend. Es kommen aber auch das Wiesenrispengras *Poa pratensis* und Rot-Schwingel *Festuca rubra* vor. Weiterhin sind hier gewöhnliches Scharbockskraut *Ficaria verna*, Waldgelbstern *Gagea lutea*, doldige Spurre *Holosteum umbellatum*, Schafgarbe *Achillea millefolium*, Zypressen-Wolfsmilch *Euphorbia cyparissias*, Spitzwegerich *Plantago lanceolata*, Wiesenkerbel *Anthriscus sylvestris*, purpurrote Taubnessel *Lamium purpureum* und Natternkopf *Echium vulgare* vorzufinden.

Die Biotope des B-Plan sind in ihrer Form häufig anzutreffen und daher nicht gemäß § 30 BNatSchG geschützt.



Abb. 2: Biotopkartierung des Vorhabenbereichs



Abb. 3: artenreiche Frischwiese



Abb. 4: artenarme Frischwiese



Abb. 5: ruderale Wiese/ Böschung des Küsterwegs

Angaben zu angrenzenden Flächen

Im Südwesten:

Hier grenzt eine Wohnbebauung mit Einfamilienhäusern und Gärten an.

Im Südosten:

Hier setzt sich die Frischwiese um ca. 20 m fort. Darüber hinaus sind ein unbefestigter schmaler Weg und der weitere Siedlungsbereich vorhanden

Nordosten und Nordwesten:

In beiden Richtungen erstreckt sich der Frisch- und Feuchtwiesenkomplex und der Schneidegraben. Im FNP der Gemeinde Am Mellensee von 2010 werden Teile der Wiesen als geschütztes Biotop dargestellt. Das Plangebiet grenzt in beiden Richtungen direkt an diese geschützten Biotope an.

3.2. Fauna

Vogelwelt

Zur Brutvogelerfassung erfolgten 4 Begehungen. Die Feststellungen der Arten wurden durch direkte Beobachtung und durch Verhören von Rufen bzw. Gesängen erbracht. Zudem wurde auch auf sonstige mögliche Artnachweise und Anzeichen wie Federn, Kot geachtet.

Innerhalb des Plangebietes wurden keine dort brütenden Vogelarten festgestellt. Jedoch zeigte sich, dass die verschiedensten Arten das Plangebiet als Nahrungshabitat nutzten. So konnten

Mehlschwalben bei der Jagd entlang des Schneidegrabens beobachtet werden. Aber auch Amsel, Feld- und Haussperling sowie Nebelkrähe, Elster, Star und Kohlmeisen nutzten die Wiesenfläche zur Nahrungssuche. Weiterhin konnte zu jeder Begehung ein Turmfalkenpaar kreisend und rüttelnd über dem Plangebiet und den angrenzenden Wiesenflächen beobachtet werden.

Tab. 1: Sichtung von Brutvogelarten im und im näheren Umfeld des Plangebietes

Wissenschaftlicher Name	Deutscher Name	Status	RL BB	RL D
<i>Fringilla coelebs</i>	Buchfink	1 x singendes Männchen		
<i>Acrocephalus arundinaceus</i>	Drosselrohrsänger	1 x singendes Männchen		
<i>Garrulus glandarius</i>	Eichelhäher	Nahrungssuchend im Plangebiet		
<i>Pica pica</i>	Elster	Nahrungssuchend im Plangebiet		
<i>Passer montanus</i>	Feldsperling	Nahrungssuchend im Plangebiet	V	V
<i>Emberiza citrinella</i>	Goldammer	1 x singendes Männchen		V
<i>Phoenicurus ochruros</i>	Hausrotschwanz	1 x singendes Männchen		
<i>Passer domesticus</i>	Haussperling	Mehrere Trupps im südlichen und östlichen Siedlungsbereich		V
<i>Parus major</i>	Kohlmeise	1 x singendes Männchen		
<i>Delichon urbicum</i>	Mehlschwalbe	Nahrungssuchend im Plangebiet		3
<i>Corvus corone</i>	Nebelkrähe	Nahrungssuchend im Plangebiet		
<i>Columba palumbus</i>	Ringeltaube	1 x singendes Männchen		
<i>Sturnus vulgaris</i>	Star	Nahrungssuchend im Plangebiet		3
<i>Falco tinnunculus</i>	Turmfalke	Rüttelnd über dem Plangebiet	3	
<i>Upupa epops</i>	Wiedehopf	1 x singendes Männchen	3	3
<i>Phylloscopus collybita</i>	Zilpzalp	1 x singendes Männchen		

Die nachgewiesenen Brutvogelarten stellen die typischen Vertreter der ländlichen Siedlungsgebiete und der landwirtschaftlichen Flächen dar. Alle nachgewiesenen Brutvogelarten unterliegen prinzipiell den Vorschriften des § 44 Abs. 1 BNatSchG (Zugriffsverbot) für besonders geschützte Tierarten. Der Feldsperling ist auf der Vorwarnliste Brandenburgs vermerkt und der Turmfalke sowie der Wiedehopf gelten nach der Roten Liste Brandenburgs als gefährdet.

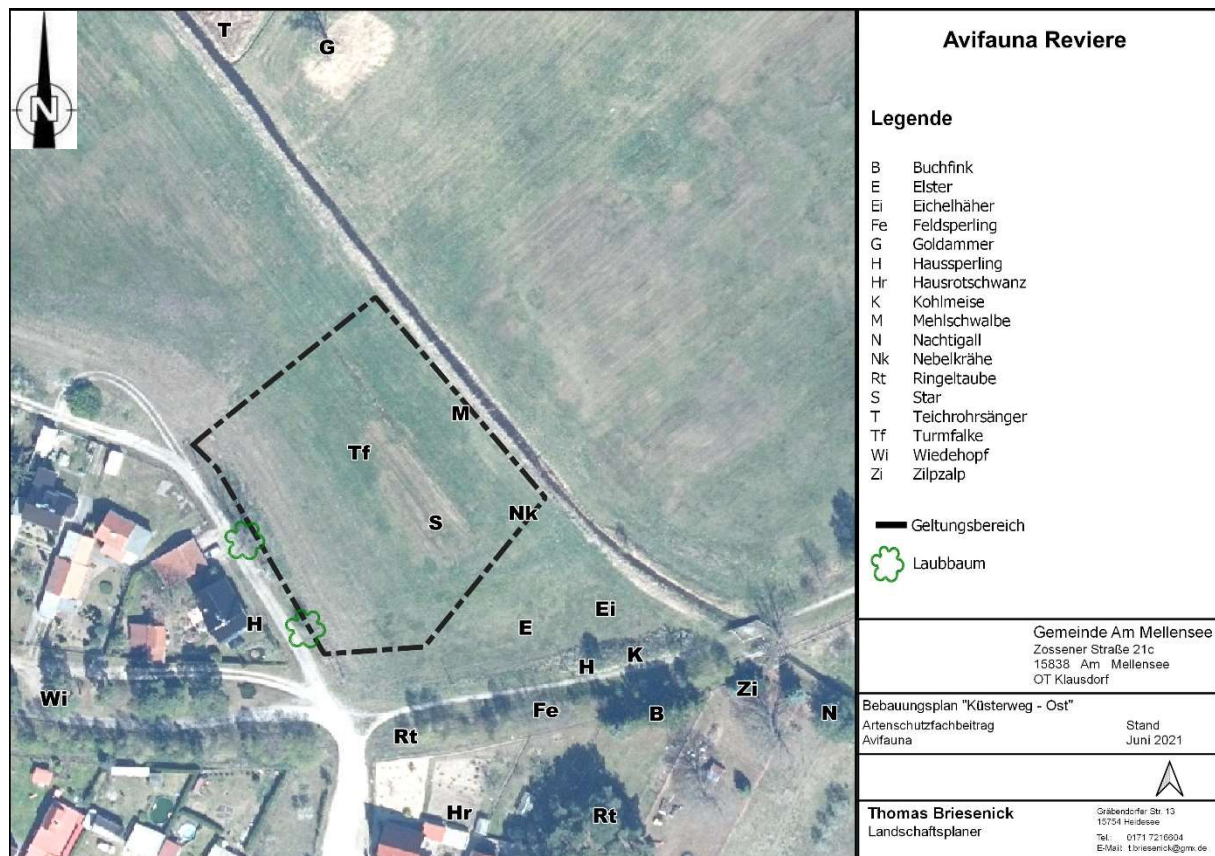


Abb. 6: Verortung Brutvogelreviere

Kriechtiere

Die Böschung entlang des Küsterwegs weist in Teilen einen lockeren Bewuchs mit zahlreichen Deckungsmöglichkeiten auf. Eine Habitatsignung für Zauneidechsen ist hier gegeben und ein Vorkommen war daher im Vorfeld nicht auszuschließen. Im Anschluss an jeder Begehung zur Avifauna, erfolgten am selben Tag eine Begehung dieses Bereiches bei warmer Witterung und günstiger Sonneneinstrahlung. Die Bewegung im Gelände wurde dabei sehr verhalten gewählt, um sonnende Exemplare festzustellen oder ggf. aufgestörte Exemplare noch bei einer Fluchtbewegung wahrnehmen zu können.

Es konnten keine Individuen vorgefunden werden. Entgegen der zuvor getroffenen Einschätzung kann für den Geltungsbereich ein Vorkommen von Zauneidechsen ausgeschlossen werden.

Lurche

Im Nordosten des Geltungsbereiches grenzt der Schneidegraben an. Die Grabensohle misst eine Breite zwischen 1,00 m und 2,00 m und die Wassertiefe beträgt ca. 0,30 m. Die Fließgeschwindigkeit variiert je nach Breite des Grabens. Zum Zeitpunkt der ersten Begehung war der Graben bereits ausgeräumt gewesen. Es waren einige Unterwasserpflanzen vorhanden. Höhere Pflanzen fehlten jedoch größtenteils. Für einige Lurcharten ist der Graben im vorgefundenen Zustand ein geeigneter Lebensraum. So lag der Verdacht nah, dass der Geltungsbereich in einem Wanderkorridor von Amphibien liegt. Zu allen Begehungen konnten keine Amphibien innerhalb der Wiese festgestellt werden. Auch im Grabenabschnitt entlang der Plangebietsgrenze waren keine Individuen vorzufinden. Lediglich 70 m weiter Richtung Nordwesten konnte im Graben ein Individuum bei einer Begehung gesichtet werden. Da dieses sich jedoch auf dem Grund des Grabens befand und eine genaue Inaugenscheinnahme daher nicht möglich war, kann diese Art nicht identifiziert werden. Zu den 3 weiteren Begehungen waren keine Amphibien festzustellen.



Abb. 7: beräumter Schneidegraben Anfang April 2021



Abb. 8: Schneidegraben Mitte Mai 2021



Abb. 9: Lurch im Schneidegraben

Insekten

Auf und an der Böschung des Küsterweges konnten 3 Ansiedlungen der Roten Waldameise *Formica rufa* nachgewiesen werden. Ein Hügel befindet sich innerhalb des Geltungsbereiches am Böschungsfuß. Die anderen beiden sind außerhalb nahe dem Weg vorzufinden. Die Waldameisenart *Formica rufa* unterliegt als besonders geschützte Art dem Schutz nach § 44 BNatSchG.



Abb. 10: Ansiedlung der Roten Waldameise am Böschungsfuß innerhalb des Plangebietes



Abb. 11: Ansiedlung der Roten Waldameise an einem Baumstumpf oberhalb der Böschung

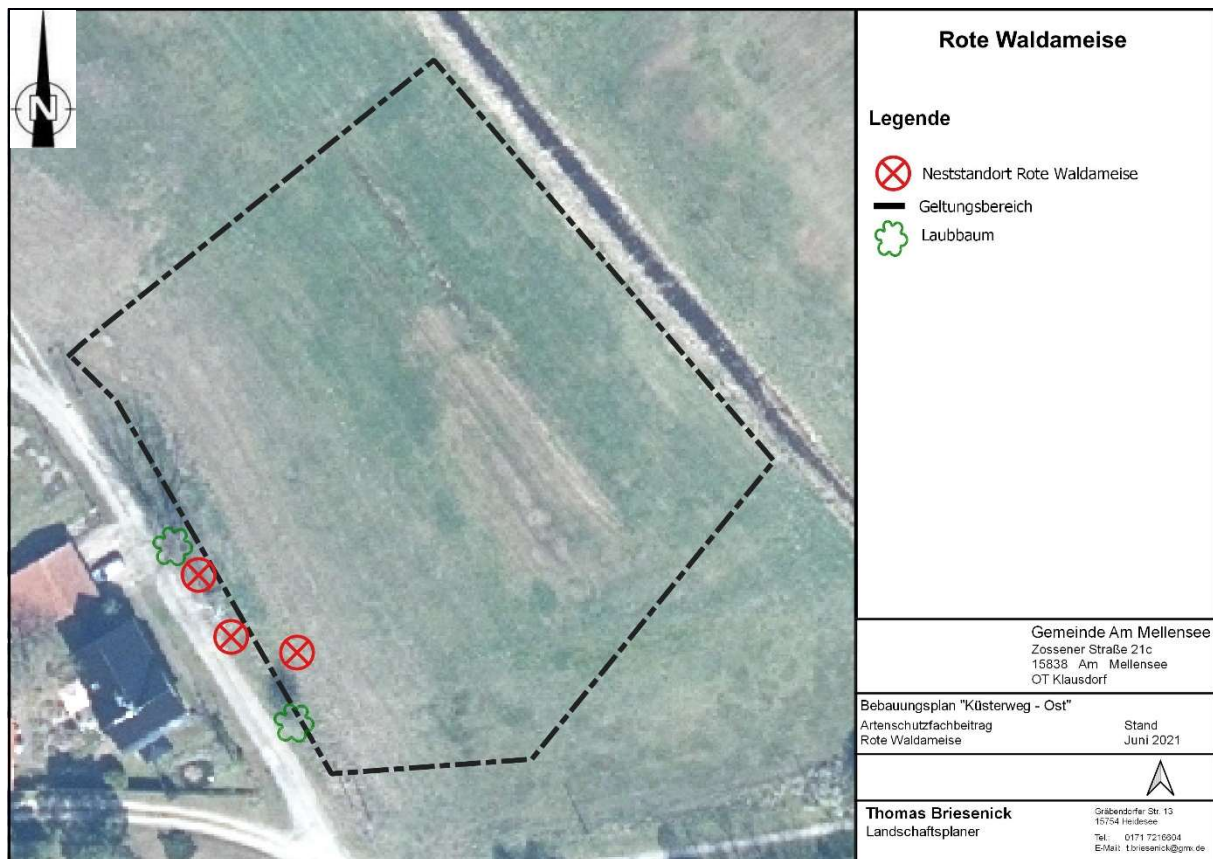


Abb. 12: Verortung Neststandorte der Roten Waldameise

4. Ergebnisse der Untersuchung

Unter Einbeziehung der standörtlichen Voraussetzungen und den Ergebnissen der Bestandsaufnahme wird für den Vorhabenbereich eine Betroffenheitsanalyse der relevanten Arten in Form einer Potenzialabschätzung durchgeführt. Der Betrachtungsraum ist dabei der Vorhabenbereich. Das Untersuchungsgebiet besitzt keine Funktion als Ruhe- oder Rasthabitat für einheimische Vogelarten. (Anm. Fischarten, Moose und Flechten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie kommen in Brandenburg nicht vor. Eine Prüfung entfällt.)

Tab. 2: Übersicht zur Beurteilungsrelevanz von Artengruppen

Artengruppe	Vorkommen, Anhaltspunkte	Beurteilungsrelevanz
Säugetiere Fledermäuse	keine Quartiere vorhanden	nein
sonstige Säugetiere (ohne Fledermäuse)	Vorkommen die sonstigen Arten nach Anhang IV sind mit Sicherheit auszuschließen	nein
Vögel	Geltungsbereich dient als Nahrungshabitat und ist für Bodenbrüter geeignet	ja
Lurche	Nördlich angrenzender Graben ist ein geeignetes Laichgewässer für einige Lurcharten	ja
Zauneidechse	Ein Nachweis des Vorhandenseins dieser Art konnte nicht erbracht werden	nein

Artengruppe	Vorkommen, Anhaltspunkte	Beurteilungsrelevanz
Insekten	Es wurden 3 Ansiedlungen der Roten Waldameise nachgewiesen	ja
Weichtiere	Vorkommen von Weichtieren im Geltungsbereich sind mit Sicherheit auszuschließen	nein

Beurteilungsrelevant für die Berücksichtigung des Artenschutzes bleiben bodenbrütende Vogelarten, Lurche und die Ansiedlung der Roten Waldameise.

Vögel

Avifaunistisch von Belangen ist speziell die Bedeutung des Untersuchungsraumes als Bruthabitat. Im Geltungsbereich sind ausreichend Strukturen vorhanden, die bodenbrütenden Arten genügend Deckung bieten. Es konnten zwar keine Nester in der Grasflur vorgefunden werden und Hinweise durch ein auffälliges Verhalten brütender Vogelarten war nicht wahrzunehmen. Dennoch sind in der näheren Umgebung bodenbrütende Arten wie Goldammer und Zilpzalp nachgewiesen. Eine Nutzung der Wiese als Brutplatz ist daher nicht auszuschließen.

Gemäß dem „Erlass zum Vollzug des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatschG“ vom Januar 2011 erlischt der Schutz der Fortpflanzungsstätte für die in der näheren Umgebung nachgewiesenen Bodenbrüter Goldammer und Zilpzalp nach Beendigung der Brutperiode.

Die vorgefundenen Arten im Geltungsbereich sind gegenüber Veränderungen ihrer Lebensräume in Siedlungsgebieten weitgehend anpassungsfähig. Auch nach Verlust einzelner Reviere sind weiterhin noch günstige Rückzugs- und Ansiedlungsmöglichkeiten in der näheren Umgebung des Plangebietes vorhanden.

Zur Vermeidung artenschutzrechtlicher Konflikt ist eine Baufeldfreimachung außerhalb der Zeit vom 1. März bis 30. September durchzuführen.

In der näheren Umgebung des Geltungsbereiches sind weitere geeignete Habitate vorhanden, wodurch davon ausgegangen werden kann, dass eine Beeinträchtigung des Brutvogelbestands in der Umgebung nicht zu erwarten ist. Erhebliche Beeinträchtigungen, die zu einer Gefährdung der Population von Vogelarten führen könnten, sind demnach mit dem Vorhaben unter Einhaltung der Vermeidungsmaßnahme nicht verbunden.

Bei Einhaltung der Maßnahmen ergeben sich für die Avifauna keine Anhaltspunkte dafür, dass ein Verbotstatbestand nach § 44 Abs. 1 BNatSchG entstehen kann.

Lurche

Der nordöstliche Schneidegraben stellt für einige Lurche ein geeignetes Laichgewässer dar. Es sind Bereiche mit geringer Strömung, hinreichender Wassertiefe und Unterwasservegetation vorhanden. Als potenzielle Lurcharten können der Grasfrosch und der kleine Wasserfrosch vorkommen. Ein Individuum konnte zur Begehung festgestellt werden, jedoch war die Art nicht genau ersichtlich. Ebenso war kein Laich im Gewässer vorzufinden. Dennoch ist anzunehmen, dass vereinzelte Individuen das Plangebiet zur Laichzeit durchqueren werden, um in den Graben zu kommen. Mit Umsetzung der Planung entsteht eine Gefährdung dieser Arten. Daher sind Vermeidungsmaßnahmen zum Schutz der Lurche zu ergreifen. Diese bestehen darin, das Plangebiet mittels eines Amphibienleitzauns abzugrenzen. Der Zaun muss vor einer Baufeldfreimachung und vor der Wanderungszeit der Lurche, also bis spätestens Ende Februar errichtet werden.

Rote Waldameise

Von den vorgefundenen Ansiedlungen der Roten Waldameise befindet sich eine innerhalb des Geltungsbereiches und ist somit direkt von der Planung betroffen. Die anderen beiden Ansiedlungen würden sich nach Umsetzung der Planung zwischen der Straße und den Grundstücken befinden. Hier entstehen noch die Zufahrten der Grundstücke. Somit sind auch diese beiden Ansiedlungen von der Planung betroffen. Jedoch können die Ansiedlungen vorsorglich durch eine fachgerechte Umsiedlung vor einer baubedingten Zerstörung bewahrt werden. Die Umsiedlung soll spätestens Mitte August erfolgen, um eine erfolgreiche Etablierung an den Ersatzstandorten zu ermöglichen. Für die Umsiedlung ist eine Ausnahmegenehmigung nach § 45 Abs. 7 erforderlich.

5. Maßnahmen zur Vermeidung und Minderung von Beeinträchtigungen

Durch die Aufstellung des Bebauungsplans ist eine Beeinträchtigung der Avifauna und Rote Waldameise möglich. Daher sind folgende Maßnahmen einzuhalten:

- Zum Schutz der Vögel ist eine Baufeldfreimachung außerhalb der Zeit vom 1. März bis 31. Oktober durchzuführen.
- Die Ameisenhögel sind vor einer Baufeldfreimachung bis spätestens Mitte August fachgerecht umzusiedeln. Für die Umsetzung ist eine Ausnahmegenehmigung nach § 45 Abs. 7 erforderlich
- Zum Schutz der Lurche ist das Plangebiet mittels eines Amphibienleitsauns zu umgrenzen. Die Aufstellung des Sauns ist bis Ende Februar vorzunehmen und während der gesamten Dauer der Baufeldfreimachung aufrecht zu erhalten.

Bei Einhaltung der Maßnahmen ergeben sich keine Konflikte mit den Verbotstatbeständen nach § 44 Abs. 1 BNatSchG.

6. Zusammenfassung

Mit der Aufstellung des Bebauungsplans soll eine Wohnbaufläche ausgewiesen werden. Das Plangebiet umfasst eine Frischwiese mit unterschiedlichen Vernässungsverhältnissen. Brütende Vogelarten konnten nicht festgestellt werden. Potenziell ist die Wiese aber als Neststandort für Bodenbrüter geeignet. Da nordöstlich des Plangebietes ein Fließgewässer angrenzt, in dem auch eine Lurchart vorgefunden werden konnte, besteht die Wahrscheinlichkeit, dass das Plangebiet zur Wanderungszeit der Lurche auch durchquert wird. Weiterhin sind eine Ansiedlung der Roten Waldameise innerhalb und 2 weitere Ansiedlungen am Plangebiet angrenzend vorhanden. Um Auswirkungen des Vorhabens auf die genannten Artengruppen ermitteln zu können, wurde eine artenschutzrechtliche Prüfung durchgeführt. Von den 16 beobachteten Vogelarten im und im näheren Umfeld des Plangebietes zählen 2 Arten zu den Bodenbrütern. Das sind Goldammer und Zilpzalp, die auf der Wiese geeignete Brutplätze auffinden könnten. Mit der Planung ist eine Beseitigung der Wiese verbunden, bei der mögliche Niststätten verloren gehen. Jedoch handelt es sich hier um einen kleinen Teil eines großen Wiesenkomplexes. Die zwei genannten Vogelarten haben weiterhin genügend Rückzugsmöglichkeiten in der näheren Umgebung. Für die übrigen gesichteten Vogelarten würde lediglich ein kleiner Teil des Nahrungshabitats verloren gehen. Auswirkungen, die mit der Planung in Verbindung stehen, sind für die Avifauna nicht zu erwarten, sofern eine Baufeldfreimachung außerhalb der Brutvogelschutzzeit vom 1. März bis 30. September erfolgt. Weiterhin werden die Neststandorte der Roten Waldameise überplant. Die Nester der Roten Waldameise sind vor Umsetzung der Planung durch Fachpersonal an eine geeignete Stelle umzusetzen. Hierfür ist eine Ausnahmegenehmigung erforderlich. Des Weiteren wurde im Schneidegraben eine Lurchart entdeckt. Es besteht die Vermutung, dass das Plangebiet von Lurchen durchwandert wird. Um die Lurche zu schützen, ist das Plangebiet vor Beginn der Baufeldfreimachung mit einem Amphibienleitsystem vollständig zu umzäunen. Das Leitsystem muss vor der Amphibienwanderung bis spätestens Ende Februar aufgestellt sein und ist während der gesamten Dauer der Baufeldfreimachung aufrecht zu erhalten.

Bei Einhaltung der Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen sind mit dem Vorhaben für die Artengruppen Avifauna, Rote Waldameise und Lurche keine Berührungen der Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 BNatSchG zu erwarten. Für die Umsiedlung der Roten Waldameise ist eine Ausnahmegenehmigung nach § 45 Abs. 7 erforderlich.

Literaturverzeichnis

Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 25. Juni 2021 (BGBl. I S. 2020)

Brandenburgisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (Brandenburgisches Naturschutzausführungsgesetz- BbgNatSchAG) vom 21. Januar 2013 (GVBl.I/13, [Nr. 03, ber. (GVBl.I/13 Nr. 21)]), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25. September 2020 (GVBl.I/20, [Nr. 28])

Biotopkartierung Brandenburg, Bd. 1+2, Hrsg. LUA Brandenburg 2004/2007

Rote Liste und Liste der Brutvögel des Landes Brandenburg. Naturschutz und Landschaftspflege in Brandenburg. Beilage zum Heft 4, 2008

Säugetierfauna des Landes Brandenburg Teil 1: Fledermäuse. Naturschutz und Landschaftspflege in Brandenburg. Beilage zum Heft 1,3, 2008

Richtlinie 79/409/EWG des Rates über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (Vogelschutz-Richtlinie) vom 02. April 1979, geändert am 29. Juli 1997, ABl. EG Nr. L223, S.9

Richtlinie des Rates der Europäischen Union 92/43/EWG zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der Tier- und Pflanzenarten (FFH-Richtlinie) vom 21.05.1992, ABl. EG 1992 Nr. L 206/7

Erlass zum Vollzug des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG (Niststättenerlass) vom Januar 2011